



Erstattungsantrag
gem. § 2 der Verordnung über die Erstattungsleistungen
des Landes infolge der Abschaffung der
Straßenausbaubeiträge
(Straßenausbaubeitrags-Erstattungsverordnung)

Posteingangs-
stempel

Empfänger (zuständige Behörde)

Landesverwaltungsamt
Referat Kommunalrecht,
Kommunale Wirtschaft und Finanzen
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

hier:

Antrag auf Erstattung bereits erhobener und nunmehr zurückerstatteter einmaliger oder wiederkehrender Straßenausbaubeiträge (§ 18a Abs. 4 Satz 2 Nr. 3 i. V. m. § 18a Abs. 2 KAG-LSA)

A. Angaben zur antragstellenden Gemeinde

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Gemeinde

Anschrift (Straße, PLZ, Ort)

Verbandsgemeinde

Landkreis

Ansprechpartner/in

Telefon/Telefax

E-Mail-Adresse

Bankverbindung

Kontoinhaber/in

Kreditinstitut

IBAN (Internat. Bank Account Number, Internat. Bankkontonummer)

D E

BIC (Bank-Identifizierungs-Code)

B. Allgemeine Angaben

1. Der nachfolgende Antrag auf Erstattung bezieht sich auf die Straßenausbaumaßnahme

2. Die Gemeinde verfügte am 31. Dezember 2019 über eine Satzung über die Erhebung von

einmaligen Straßenausbaubeiträgen

wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen

D. Bestätigungen der antragstellenden Gemeinde

- Die Richtigkeit der gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.
- Es wird bestätigt, dass die beantragten Erstattungsleistungen keine Beträge enthalten, die auf Grundstücke entfallen, die zum Zeitpunkt der Beendigung der oben genannten Straßenausbaumaßnahme beziehungsweise bei wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen zum 31. Dezember des betreffenden Jahres gemeindeeigene Grundstücke waren.
- Es wird bestätigt, dass die beantragten Erstattungsleistungen ausschließlich Maßnahmen betreffen, für die Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften. Es handelt sich ausdrücklich nicht um Erschließungs- oder Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Hauptverwaltungsbeamtin/-en

Dienstsiegel